



AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar
Direktor des HWWI und Profes-
sor an der Universität Hamburg
Tel: 040 - 34 05 76 - 100

USA

12 Jahre nach 9/11: Die Rückkehr der USA

Billige Arbeit, billiges Kapital, billige Energie und keine Rücksicht auf langfristige Umweltrisiken. Das sind die strategischen Grundlagen für einen lange anhaltenden ökonomischen Aufschwung. China schaffte mit diesem Rezept in den letzten 35 Jahren einen atemberaubenden Aufstieg vom Armenhaus zur Weltmacht. Nun folgen die USA dem gleichen Muster und setzen auf das chinesische Erfolgsmodell.

Billig ist die Arbeit in den USA, weil die amerikanische Bevölkerung – anders als die europäische – weiter wachsen wird. Die gerade im Vergleich zu Europa höheren Geburtenzahlen spielen dabei nur eine schwache Rolle. Durchschnittlich bringen 100 Frauen in den USA 190 Kinder zur Welt. In den Ländern der Europäischen Union (EU) sind es gerade einmal 157, in der Schweiz 152 und in Deutschland 136. Bemerkenswert ist dabei am Rande, dass seit der Finanzmarktkrise die Geburtenhäufigkeit in den USA (anders als in der Schweiz und stärker als in Deutschland) gefallen ist. Nimmt man die Zahl der Neugeborenen als Stimmungsbarometer der Eltern, haben die ökonomischen Sorgen offenbar in den USA tiefe Spuren hinterlassen und den optimistischen Blick in die Zukunft getrübt.

Verantwortlich für das Bevölkerungswachstum in den USA ist die Zuwanderung. Wie ein Magnet zieht Amerika weiterhin Menschen aus aller Welt an. Zwischen 2008 und 2012 kamen rund 5 Mio., die blieben und Kinder haben. Insgesamt wächst die Bevölkerung in den USA um jährlich 0,7 %, in der Europäischen Union dagegen nur um 0,2 %, in Deutschland stagniert sie. Auch hier nur am Rande der

Hinweis, dass die Schweiz mit Luxemburg und Norwegen die einzigen europäischen Länder sind, deren Bevölkerung wächst und zwar mit jährlich 1,1 %.

Die amerikanische Bevölkerung wird von 316 Mio. heute bis 2020 auf 338 Mio. und bis 2025 auf 351 Mio. zunehmen. Alleine die zusätzlichen 35 Mio. Menschen werden die Konsumnachfrage stark stimulieren, was sich positiv auf das wirtschaftliche Wachstum in den USA auswirken wird.

Dazu kommt, dass die Arbeitslosigkeit in den USA doch immer noch auf relativ hohem Niveau liegt. Im August waren 11,3 Mio. Amerikaner ohne Job, was einer Arbeitslosenquote von 7,3 % entspricht. Das sind zwar deutlich weniger als auf dem Höhepunkt der Krise im Winterhalbjahr 2009/2010 als über 15 Mio. ohne Beschäftigung waren und die Arbeitslosenquote bei 10 % lag. Aber es sind immer noch so viele, dass ein rascher und starker Anstieg der Löhne wenig wahrscheinlich ist. Zwischen Anfang 2010 und Mitte 2013 sind die Löhne nominal insgesamt um lediglich 3 % gestiegen, was einem realen Kaufkraftverlust von rund 4 % entspricht. Eher ist somit auch für die nähere Zukunft zu erwarten, dass Arbeitssuchende bereit sind, länger oder härter zu arbeiten. Das steigert die Produktivität und macht Arbeit günstiger.

Kapital ist in den USA billig, weil die Zinsen niedrig sind. Und das wird noch eine Weile so bleiben. Es ist nämlich offen, wann der Einstieg in den Ausstieg aus der Politik des billigen Geldes erfolgen wird. Fed-Chef Ben Bernanke hatte lediglich angekündigt, das Anleihen-Ankaufprogramm bis Mitte 2014

auslaufen lassen zu wollen. Somit dürften die Leitzinsen frühestens im nächsten, vielleicht aber auch erst im übernächsten Jahr angehoben werden. Auch von der Preisentwicklung her besteht kein Zeitdruck, die Normalisierung der Geldpolitik besonders schnell zu vollziehen. Die Inflationsrate bewegt sich mit 2 % gerade noch in einem Bereich, der nicht als besorgniserregend bewertet wird.

Tiefe Zinsen machen neue Geschäftsmodelle rentabler. Dadurch wird ein Investitionsschub ausgelöst, der auch Innovationen anschiebt. Und an neuen Ideen, gespeist aus einem unverändert exzellenten Umfeld für Wissenschaft und Forschung, hat es in den amerikanischen Hinterhöfen bekanntlich nie gefehlt. Es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln, dass nicht auch in Zukunft Tüftler, Forscher und mehr als reichlich verfügbares Wagniskapital der Nährboden sind, auf dem in den USA neue Geschäftsmodelle sprießen werden.

Vor allem in die amerikanische Infrastruktur muss und wird viel neues Geld fließen. Denn das Stromnetz ist veraltet, die Straßen sind marode und das Verkehrssystem bedarf der Erneuerung. Da der Staat hoch verschuldet ist, werden neue Finanzierungsmodelle gesucht und auch gefunden werden müssen, die eine stärkere Beteiligung privater Kapitalgeber ermöglichen. Die Modernisierung der Infrastruktur gepaart mit Fortschritten der Informations- und Kommunikationstechnologie werden der amerikanischen Wirtschaft entscheidende Impulse geben.

Schließlich lässt das Fracking die Energiekosten sinken. Mithilfe eines Gemisches aus Wasser, Sand und Chemikalien, das mit Hochdruck in die Erde gepumpt wird, werden riesige Mengen an Gas und Öl gefördert. Bald schon können die USA Russland als weltweit führenden Gasproduzenten ablösen. Ebenso ist absehbar, dass Amerika auch bei der Ölproduktion durch den Abbau von Schieferöl an die Weltspitze rücken wird. Weil sich die ans Ausland zu zahlenden Kosten für

Energieimporte verringern, verbessert sich die Handelsbilanz und bestehende Leistungsbilanzdefizite werden abgetragen.

Die Schiefergasrevolution und ihre Folgen verbessern schlagartig die Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Hersteller gegenüber europäischen Konkurrenten. Es kommt zu einer Re-Industrialisierung Amerikas. Sie findet mit hohem Tempo auf breiter Front statt. Nach China ausgewanderte Fabrikjobs kehren nach Amerika zurück. Die Energie- und Automobilindustrie boomt. Die Hersteller von Stahl und Papier oder die Grundstoffchemie, aber auch der Fahrzeug-, Flugzeug-, und Schiffbau profitieren massiv von niedrigen Energiepreisen. Daraus ergeben sich positive Rückwirkungen auf Wachstum und Beschäftigung und damit den Wohlstand.

Fracking verändert auch die Umwelt- und Klimadiskussion. Anstatt Kohle zu verstromen, wird in den USA Strom nun aus Gas produziert. Dadurch geht die Nachfrage nach Kohle zurück, was den USA hilft, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und die (von den Amerikanern nicht ratifizierten) international vereinbarten Klimaziele kostengünstig zu erfüllen. Das sind aber erst die unmittelbaren Effekte des Frackings. Ebenso wichtig ist die Folgewirkung.

Die rückläufige Kohlenachfrage aus USA lässt weltweit den Kohlepreis sinken. Das führt in Europa dazu, dass vermehrt billige Kohle anstatt teurerer erneuerbare Energie in der Industrie und bei der Stromerzeugung eingesetzt wird. Die Folgen: Während sich in den USA die CO₂-Bilanz verbessert, verschlechtert sie sich in Europa. Mehr noch: Durch den niedrigen Kohlepreis und den Zerfall der CO₂-Zertifikatepreise in Europa gehen hierzulande Anreize verloren, in innovative und klimafreundliche Technologien zu investieren. Amerikanisches Fracking brems damit indirekt die hiesige Energiewende.

Längerfristig wird Fracking die geostrategische Weltlage verändern. Die Schiefergasrevolution wird Amerika weitgehend unabhängig von Gas- und Ölimporten

machen. Dadurch verlieren Arabien, Nordafrika und Vorderasien aus amerikanischer Sicht ihre Bedeutung als fundamental wichtige Energiequelle.

Ein Jahrhundert lang hat der Kampf um Öl und Gas die Außenpolitik der USA getrieben. Künftig jedoch dürften amerikanische Soldaten kaum mehr bereit sein, ihr Leben fern der Heimat wegen des Zugriffs auf Energiequellen aufs Spiel zu setzen. Das Zaudern des Präsidenten in der Syrienpolitik und das Zögern, militärisch einzugreifen, ist ein Indikator dafür, dass die USA eben nicht mehr so schnell bereit sein werden, westliche Werte fern von der Heimat zu verteidigen.

Im Umkehrschluss folgt aus dem schwindenden amerikanischen Interesse am Nahen Osten, dass Europa in seiner Nachbarschaft seine Interessen weit stärker als bisher alleine vertreten müssen. Weniger denn je wird es auf die ordnende Macht der USA zählen können. Europa wird für seine eigene (Versorgungs-)Sicherheit selber mehr leisten und mehr eigenes Geld bezahlen müssen. Auch das ist eine (Neben-)Wirkung des Frackings.

Noch in der Wahlnacht hatte Präsident Barack Obama, euphorisiert durch den Sieg, dem Land und der Bevölkerung versprochen, dass die besten Zeiten nicht hinter, sondern vor Amerika liegen würden. Was für viele damals vollmundig klang, wird zunehmend realistischer. Die USA, immer noch mit Abstand die größte Volkswirtschaft der Welt, stehen vor einem neuen Wachstumszyklus. Davon wird die Weltwirtschaft enorm profitieren – ganz besonders jene Länder, deren Märkte und Unternehmen eng mit den USA verflochten sind. Dazu zählt in besonderem Maße die Schweiz. Deshalb lohnt es sich aus schweizerischer Sicht, die Perspektive zu verändern. Nicht der Pazifik, sondern der Atlantik sollte im Fokus stehen. Er wird das Gravitationszentrum der Weltwirtschaft sein.

Dieser Beitrag erschien am 11. September 2013 in der Schweizer Zeitung „Finanz und Wirtschaft“.